Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M.k. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1340, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünf- und fünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 27. | Halle, Dienstag, den 18. Januar 1921. | Einzelpreis 20 Pfg.

Reichsgründungsfeier.

Von

Dr. Theodor Heuß.

Frankreich hat vor ein paar Monaten das halbe Jahrhundert seines republikanischen Daseins gefeiert mit viel Gepränge — im Sieg konnte es gelassen seiner einstigen Niederlage gedenken. Und wir? Niemand ist jubiläumssüchtig; der Staat, der vor 50 Jahren gegründet wurde, zerbrach, und es ist schmerzlich, aus dem Dunkel unserer Tage zu jenem großen historischen Augenblick zurückzuschauen. Das Kaisertum, das damals eine Verwirklichung deutscher Volkssehnsucht wurde, ist geschichtliche Erinnerung, Bismarcks Werk zerstört.

Versailles, die Schöpfung des vierzehnten Ludwig, der dem ohnmächtigen alten Reich seine Südwestmark weggerissen, war das Symbol deutscher politischer Erhebung geworden und ist heute wieder das Wort voll Enttäuschung, Weh und Bitternis. Im Lande des Feindes wurde das deutsche Kaisertum proklamiert; dies war der Ausdruck, daß es an dem Tag, da es entstand, ein Geschöpf siegreicher Waffen war. Aber wenn es nicht mehr gewesen, dann wäre es über die dynastische Regierung, die es ehedem bildete, nicht hinausgewachsen. In der Fürstengeschichte bedeutete der 18. Januar 1871 den letzten Aufstieg des Hohenzollernhauses, in der Volks- und Staatsgeschichte die Verwirklichung der staatlichen Einheit.

Nicht der vollkommenen. Noch war kein Jahrfünft vergangen, seit Bismarcks entschlossener Wille dem Bundestag in Frankfurt, diese Karikatur einer staatlichen Macht, gesprengt hatte und die Rivalität zwischen Berlin und Wien, in der Führung der deutschen Geschäfte, siegreich entschieden. Millionen deutscher Volksgenossen waren in einem festen Staatsverband eingegliedert. Aber der Kern wurde nur zur Einheit zusammengefaßt und in dem demokratischen Wahlrecht erhielt das deutsche Volk das Mittel, das ihm half, politisch auch zur Einheit zusammenzuwachsen.

Die Größe von Bismarcks staatsmännischer Leistung ermißt man nicht, wenn man ihn romantisch als den Vollender breiter und tiefer vaterländischer Sehnsucht preist; wunderbar genug bleibt es ja, wie er seine in frühen Umrissen durchaus preußisch bestimmte Natur in die Aufgabe und das Ethos des gemein deutschen schlechthin weitete. Die „öffentliche Meinung" des Volkes hatte er hinter sich gezwungen, seit der deutsche Name, auf dem Hintergrund militärischer und außenpolitischer Erfolge, an Achtung gewann. Die aufreibendere und mühevollere Arbeit aber war, mit dem Souveränitätsgefühl der deutschen Fürsten fertig zu werden. Sie waren im Jahre 1866 die Besiegten, fast in allen Kabinetten saßen die Gegenspieler des peinlich kühnen preußischen Kollegen, und sie sahen, daß Napoleon gerne der Rheinbundpolitik seines großen Oheims sich erinnerte. Bismarck wußte, warum er 1866 billigen Frieden gab und die Schutz- und Trutzbündnisse abnötigte. Wahrlich den wenigsten der Fürsten, die Anton von Werners Bildnis als bewegteste Zeugen des Versailler Aktes festhält, war es gleich frei und freudig zu Mute und die wichtigsten fehlten; Wilhelm I. aber befand sich an diesem Tag, nach seinen eigenen Worten, „in einer so morosen Emotion über die Veränderung des preußischen Titels, daß er drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu überlassen". Der Kronprinz Friedrich Wilhelm, ungeachtet der innerpolitischen Zerwürfnisse bei Bismarcks Anfängen, trat, wie in Nikolsburg im Sommer 1866, entscheidend auf die Seite des Kanzlers, er notierte damals: „Ich fühle mich nur noch als Deutscher." Der deutsche Partikularismus mußte von Bismarck in erster Linie bei den deutschen Höfen angepackt und überwunden werden.

Mit Bedacht war der 18. Januar gewählt worden, um den Empfindungen Wilhelms I. Rechnung zu tragen. Dies ist der Tag der Erhebung Preußens zur Königswürde gewesen. Den Monarchen mag es überlassen bleiben, darin die Weihe dieses Tages zu finden; seine geschichtliche Bedeutung liegt in anderem, in größerem. Er wurde der Tag der nationalen Einigung; kein Ende und Abschluß, sondern ein Anfang, wenn das Leben und Werden eines Volkes ein Strom, Bewegung, Wechsel und Wandlung bedeutet. So soll dieses Tages gedacht werden, der Größe sah und damit Verpflichtungen des Willens zur Größe in sich schließt. Die Republik hat nicht die Macht der Monarchie geerbt, sondern ihre Trümmer und steht vor der unsäglichen schweren Aufgabe, aus ihnen das staatliche Haus der Nation neu und dann über Hausmachtgrenzen hinaus, breiter aufzubauen. Formen wechseln; aber das Geschenk vor 50 Jahren, das nationale Einheit heißt, wird auch für sie der Eckstein sein. Ja, nur durch sie kann er gesichert werden.

Eine Kundgebung des Reichspräsidenten.

WTB. Berlin, 17. Januar. (Drahtnachricht.) Der Reichspräsident hat aus Anlaß des heutigen Tages eine Kundgebung erlassen, in der es heißt: Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staate vergangen. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns — fast als einziges — das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Sie halten aneinander fest. Darüber wird uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer zu jenen deutschen Randstaaten hinblicken, die gegen ihren Willen von ihrem stammverwandten Lande getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Oesterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten muß unser aller fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist trennen, in einem sind wir alle einig: Die Grenze soll uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Was feiern wir am 18. Januar?

Darauf antwortet in seinem letzten Wochenartikel im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" der Abg. Schiffer: Die Gründung des Reiches, unseres Reiches, das trotz aller Verfassungsänderungen dasselbe ist wie dasjenige, dessen Erstehung einstmals in der Kaiserkrone sein strahlendes Symbol fand. Rechtsgelehrte bestreiten es; behaupten, daß zwischen dem heutigen Deutschen Reiche und dem Kaiser Wilhelms so wenig Zusammenhang bestehe, wie zwischen letzterem und dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation. Sie weisen darauf hin, daß die Rechtsgrundlagen zu verschieden seien, als daß eine fortdauernde Einheit des Staatswesens angenommen werden könnte. Nun soll der Unterschied dieser Rechtsgrundlagen gewiß nicht verkannt werden. Er spricht sehr deutlich aus dem Wortlaut des Eingangs der Verfassung vom 16. April 1871 und der Einleitung der Verfassung vom 16. August 1919. Dort schließen der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, der König von Bayern, der König von Württemberg und die Großherzöge von Baden und Hessen einen ewigen Bund. Hier gibt sich das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, eine Verfassung. Aber man beachte wohl: Das deutsche Volk will „sein Reich" erneuen und festigen, also nicht ein neues Reich gründen. Es ist das bestehende Reich, das nur ausgestaltet, ausgestattet, ausgerüstet werden soll. Jede andere Auffassung betont allzusehr die Entstehung des Reiches und hat nicht das nötige Augenmaß für das unabhängig von der Entstehung Gewordene, Bestehende, Seiende. Nein, dieses unser Reich, das jetzt in Not und Schmach, in Jammer und Elend ist, es ist dasselbe Reich, das vor 50 Jahren in Sieg und Ruhm, in Glanz und Herrlichkeit entstand. Der ewige Wechsel ist Weltgesetz. Es hat sich in furchtbarer Art zu unseren Ungunsten betätigt; aber gerade weil der Weltwechsel Weltgesetz ist, können wir auf ein Schicksalswalten der Zukunft vertrauen und diesem Vertrauen am 18. Januar Ausdruck verleihen.

Einfuhrschwindel großen Stils.

Das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern hat dieser Tage einen Einfuhrschwindel ungeheuren Maßstabes aufgedeckt. Die Deutsch-amerikanerin Miß Virginia Moll hat bei hohen Beamten von Reichseinfuhrbehörden den Irrtum erweckt, daß sie amerikanische, durch freie Liebestätigkeit gesammelte unbeschränkte Geldmittel für die Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse Deutschlands zur Verfügung habe. Für dieses Geld sollten Lebensmittel im Auslande aufgekauft und als „Liebesgaben" unentgeltlich verteilt werden. Auf Grund dieser Angaben wurde ihr eine Einfuhrgenehmigung für etwa 100 Waggons Lebensmittel, Tabak usw. erteilt, deren Werte in die Millionen gehen, auch wurde dafür größtenteils Zollfreiheit gewährt. Es handelte sich aber um eine gewöhnliche Lebensmittelschiebung. Geldgeberin war zunächst die Schweizer Exportfirma Wyler Sohn in St. Gallen, deren Inhaber bei der hiesigen Commerz- und Privatbank ein Konto hatte. Später trat diese Bank selbst als Geldgeberin in die Erscheinung. Den Ankauf besorgte die Kopenhagener Firma L. Hirschfeld und Co. in Brüssel und Antwerpen, den Vertrieb hier in Deutschland deren Vertreter, der Kaufmann Mautner aus Wilmersdorf. Miß Moll trat mit Hirschfeld und Mautner als Vertreter der „Wirtschaftshilfe, Amerikanischer Unterstützungsverein, Sitz Berlin" auf. Diese Wirtschaftshilfe errichtete in einer Berliner Ein- und Ausfuhrüberwachungsbehörde sogar eine Küche für die 1600 Angestellten und veranstaltete für diese eine Weihnachtsfeier. Beamte des Landespolizeiamts kamen endlich auf die Spur der Schwindler. Es war gerade noch Zeit, den Reichsfiskus vor schwerem Schaden zu bewahren, denn von den hundert für die Einfuhr freigegebenen Waggons waren zunächst etwa 30 über die Grenze gekommen. Bezüglich der anderen ist die Einfuhr sofort gesperrt worden. Die hier bereits auf Lager befindlichen Waren sind beschlagnahmt, ebenso die Bankkonten der beteiligten Personen. Die Ermittelungen dürften einen großen Umfang nehmen. Zunächst sind Miß Moll und Mautner in Untersuchungshaft genommen worden.

Demokraten und Beamtenfrage.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Delius sprach in Frankfurt a. O. in einer überaus stark besuchten Versammlung über „Demokratie und Beamtenschaft". Nach seiner Ansicht liegt es nicht im Interesse der Beamtenschaft, die Teuerungszulagen nach Ortsklassen zu differenzieren. Schon die letzthin erfolgte Erhöhung der Kinderzulagen sei keine gerechte Lösung. Der Unterschied zwischen teuereren und weniger teureren Orten komme schon in den Ortszulagen zum Ausdruck. Eine Staffelung der Teuerungszulagen nach gewissen Einkommensgrenzen des Grundgehalts sei vorzuziehen. Er wandte sich dann gegen einen Streik der Beamten. Kein geordnetes Staatswesen könne ihn ertragen, keine Regierung, welcher Richtung sie auch angehöre, könne den Beamten das Streikrecht zugestehen. Beim Beamtenrätegesetz, das bald kommen möchte, lassen sich Eingriffe unoten treffen, die die Streiks ausschalten. Ein obligatorisches Schiedsgericht müsse endgültig über lebenswichtige Fragen der Beamten entscheiden. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft unterstrich noch die mit vielem Beifall aufgenommene Rede, gegen die Widerspruch nicht erhoben wurde.

Die Eisenbahnerfrage.

Der Sechzehner-Ausschuß erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf:

Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das nachstehende Ergebnis erzielt:

Die Teuerungszuschüsse werden in folgender Weise erhöht:

1. für die Beamten in Ortsklasse A von 50 auf 70 Proz., in Ortsklasse B von 50 auf 67 Proz., in Ortsklasse C von 50 auf 65 Proz., in Ortsklasse D von 50 auf 60 Proz., in Ortsklasse E von 50 auf 55 Prozent.

2. Für die Arbeiter in Ortsklasse A pro Stunde um 60 Pfg., in Ortsklasse B pro Stunde um 50 Pfg., in Ortsklasse C pro Stunde um 40 Pfg., in Ortsklasse D pro Stunde um 30 Pfg., in Ortsklasse E pro Stunde um 20 Pfg.

Das vorliegende Resultat ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungswegs.

Die Vorstände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen haben den Sechzehner-Ausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstimmung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen.

Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehner-Ausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsstellen abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks und dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

Deutscher Eisenbahnerverband.
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter.
Allgemeiner Eisenbahnerverband.
Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter.

Oberschlesien.

Wie wir hören, hat die Interalliierte Kommission Geh. Rat Dr. Brauweiler, Dezernent beim deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, seines Postens enthoben und ausgewiesen. Dr. Brauweiler wird zur Last gelegt, daß er mit deutschen Beamten in Schriftverkehr getreten sei. Dieser Vorwurf bezieht sich auf ein Schreiben an die oberschlesischen Landräte nach dem Augustaufstand, in welchem den Betriebenen finanzielle Hilfe zugesichert wurde mit dem Versprechen der Reichsregierung, daß die verausgabten Gelder sofort ersetzt werden sollen. Das Reich hatte 10 Millionen zur Verfügung gestellt, die Interalliierte Kommission jedoch ihre Verteilung verboten.

Die deutschen Parteien in Oberschlesien an Le Rond.

Die deutschen politischen Parteien in Oberschlesien haben der Interalliierten Kommission am 7. d. Mts. eine Eingabe überreicht, die nunmehr veröffentlicht wird. Die Eingabe erinnert daran, daß die Kommission bei Uebernahme der Regierungsgewalt am 11. Februar 1920 den Oberschlesiern eine „neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" angekündigt und versprochen hat, alle Unruhestifter rücksichts- und gnadenlos zu verfolgen, wer sie auch seien und was für Unheil sie auch stiften mögen. In den fast 12 Monaten seit dieser feierlichen Proklamation der „neuen Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" habe aber die Unsicherheit in Oberschlesien einen bisher nie gekannten Umfang angenommen. Der friedlichen Bevölkerung wurden die Waffen genommen, das Banditentum aber lehrt sich nicht an Verordnungen, sondern triumphiert über die friedliche Bevölkerung. Die Eingabe verzichtet darauf, die furchtbaren Gewalttaten des polnischen Aufstandes aufzuführen, gegen die die Kommission ihre Machtmittel nicht eingesetzt hat. Sie belegt aber, daß allein seit dem 1. September 1920 55 Menschen im Abstimmungsgebiet ermordet wurden, darunter allein im September 16.

Ferner führt sie eine Anzahl besonders krasser Fälle des Raubes an und hebt hervor, daß die Grenze nach Posen, wo die Verbrecher nachweislich zum größten Teil Unterschlupf suchen, offen und unbewacht daliegt und nennt das Zustände, die eine Verhöhnung der staatlichen Autorität darstellen, die in den Händen der Kommission liege. Weiter hebt die Eingabe hervor, daß die Kommission über 15 000 Mann Truppen, über 5500 Mann Abstim-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210118016/fragment/page=0001

nungs-Amt und in der Landgendarmerie und Blauen Polizei mindestens über 1000 Mann verfügt. Das ist zusammen mehr als ein Siebentel der Truppen und mehr als ein Vierzehntel der Polizeimacht des ganzen Deutschen Reiches. Deshalb bürdet die Eingabe die Verantwortung für die Zustände in Oberschlesien der Interalliierten Kommission auf, der es bei ernstem Willen wohl möglich sei, den Zuständen ein Ende zu machen, denen die friedlichen Einwohner deutscher und polnischer Zunge schutz- und wehrlos preisgegeben sind. Am Schluß erinnert die Eingabe die Interalliierte Kommission an ihre Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen. — Eine Abschrift der von der Katholischen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschnationalen Partei unterschriebenen Eingabe ist auch der Botschafterkonferenz in Paris übermittelt worden.

Englische Kabinettskrise?

London, 17. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Manchester Guardian", der zu englischen Regierungskreisen gute Beziehungen unterhält, sagt, daß Minister Churchill aller Wahrscheinlichkeit nach anstelle Lord Wilsons Kolonialminister werden wird, da er aus früheren Zeiten die meisten Erfahrungen auf dem Kolonialgebiete habe. Tatsache ist, daß selbst die englischen Regierungsparteien zwei Mitglieder der Regierung aus ihren bisherigen Positionen entfernt wissen möchte, weil sie sich nicht dafür eignen. Der eine ist der Allerweltminister Churchill, der andere der bisherige Finanzminister Houston Chamberlain.

Aus Lettland.

Riga, 17. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter der „Dena" meldet: In Riga erschient seit gestern eine neue Tageszeitung „Rihs-ki-Kurier", deren politische Haltung in lettischen Kreisen Mißtrauen erregt und die mit Unwillen beobachtet wird. Wie verlautet, sollen politische Kreise an der Existenz des Blattes nicht uninteressiert sein, so daß seine Gründung wohl als ein weiterer Schritt in den Bemühungen Polens um die Vormachtstellung im Osten angesprochen werden kann.

Deutsches Reich.

Aus dem Rheinland.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Koblenz: Die Besatzungsbehörden gehen in letzter Zeit wieder mit ausgesuchter Strenge gegen die deutschen Behörden und die deutsche Bevölkerung im Rheinland vor. Der Landrat Leining von Neuß erhielt 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe wegen Ungehorsam gegen den englischen Bevollmächtigten. Hier in Koblenz sind vier Beamte der Reichsvermögensverwaltung ihres Amtes enthoben worden, weil sie einer Requisitionsforderung nicht rechtzeitig nachgekommen waren.

Demokratische Landtagskandidaturen. Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen demokratischen Partei hat für die preußischen Landtagswahlen folgende Kandidaten aufgestellt: Handelsminister Reichstagsabg. Fischbeck, Handwerkskammerpräsidenten Rahardt, Pfarrer Graue, Handelslehrerin Fräulein Pollach. Der bisherige Abg. Geh. Justizrat Cassel hatte aus Gesundheitsrücksichten auf eine Wiederaufstellung verzichtet. Sicherem Vernehmen nach werden die bisherigen Abgg. Reichsminister a. D. Dr. Preuß und Unterstaatssekretär Dr. Troeltsch auf die Landesliste gesetzt werden.

Schwere Beschuldigungen gegen Crispien, Dittmann, Däumig und Stücker richtet der bekannte amerikanische Sozialist Schwartz, der mit seiner Frau dem Kongreß der 3. Internationale in Moskau beigewohnt hatte. Schwartz wurde mit seiner Frau ins Gefängnis geworfen, weil er sich abfällig über die russischen Zustände geäußert hatte. Er behauptet nun, daß die genannten deutschen Unabhängigen und Nichtkommunisten seine privaten Aeußerungen den Sowjetleuten hinterbracht haben. Die Frau des amerikanischen Sozialisten ist an den Folgen der Einkerkerung verstorben. Trifft die Darstellung von Schwartz zu, so haben die Herren Däumig und Konsorten den Tod der Frau verschuldet.

Auslands-Rundschau.

Hughes amerikanischer Staatssekretär. Nach einer Londoner Meldung des „Matin" berichtet ein Telegramm aus Washington, daß Harding sich endgültig entschlossen habe, Hughes zum Staatssekretär zu ernennen.

Der Postsreik in Deutsch-Oesterreich hat zu einer schweren Erschütterung des ganzen Staates geführt. Dabei droht noch immer die Ausdehnung des Streikes auf die Arbeiterschaft. Die diplomatischen Vertretungen der Entente haben an die Arbeiterschaft die Mahnung gerichtet, angesichts der fortschreitenden Verhandlungen in Paris über die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für Oesterreich ihre Forderungen einstweilen zurückzustellen. Der Streik ist wohl als Folge des Ausscheidens der Sozialisten aus der Regierung anzusehen. Die christlich-soziale Regierung besitzt für sich allein nicht den erforderlichen Einfluß bei den Massen.

Der kranke Lenin. Die „Morning Post" meldet aus Reval, die dortigen russischen Sowjetkreise geben zu, daß Lenin an Ueberanstrengung leidet. Die Aerzte hätten ihm eine vollständige und längere Ruhepause vorgeschrieben. Nach der Helsingforser Presse soll Lenin beschlossen haben, als Gast eines finischen Kommunistenführers eine Erholungskur in Finnland durchzumachen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. Januar 1921.

Tumult in der Stadtverordnetensitzung.

Pöbeleien der Galerie. — Abbruch der Verhandlungen.

Halle, den 17. Januar.

Die Verhandlungen leitet Vorsteher Keil (Deutschdem.). Zunächst wird der neue Stadtverordnete Werkmeister Dobrini (Deutschdem.), der Ersatzmann für den Stv. Stadtrat Gerberg, der bekanntlich wegen Arbeitsüberbürdung sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat, um sein Amt als Stadtrat weiter versehen zu können, durch Oberbürgermeister Dr. Rive verpflichtet und eingeführt.

Es liegen eine Anzahl Gesuche zu den in der Sitzung zur Verhandlung kommenden Steuervorlagen vor, ferner ein Gesuch des Elternbeirats der höheren Schulen um einen Sitz in der Deputation für das höhere Schulwesen. Alle die Eingaben werden den betreffenden Referenten übergeben.

Sodann nimmt Vorsteher Keil das Wort, um mitzuteilen: Eine Deputation der hiesigen Arbeitslosen hat mich soeben aufgesucht. Die Herren wünschen, zu unserer Sitzung zugelassen und in ihren Wünschen und Beschwerden gehört zu werden. Das habe ich nicht zulassen können mit Rücksicht auf die Stadtordnung, die nur dem Magistrat und den Stadtverordneten das Recht zum Reden in der Stadtverordnetensitzung gibt. Ich habe die Herren daraufhingewiesen, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen Sache des Staates und nicht der Stadt sei. Die Stadt handle in der Angelegenheit lediglich als Beauftragte des Staates. Der Magistrat habe auch bereits am Freitag sich sofort an die Regierung nach Merseburg gewendet, um dort die Wünsche der Arbeitslosen weiterzu zu machen. Die Beschwerden seien also auf den ordentlichen Weg geleitet.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Stadtrat Fischer greift auf die vorige Sitzung zurück und stellt fest, daß nicht die Lehrerschaft in ihrer Beschwerde über die Belegung der Lutherschule mit Flüchtlingen von einer Schmach gesprochen habe, sondern das sei vom Vorsitzenden des Elternbeirates der Lutherschule geschehen. Er stellt den Irrtum mit Bedauern richtig.

Vom Stv. Schweikert (Unabh.) liegt eine Anfrage vor, ob es richtig sei, daß zur Bewältigung der Vorbereitungen für die Wahlen die Beamten bezahlte Ueberstunden machen; man möge dafür erwerbslose Kaufleute und ähnliche heranziehen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1 bis 2. Nach einem Referat des Stv. Herzfeld (Deutschdem.) werden die Neuwahlen der Deputationen und Ausschüsse vorgenommen.

3. Die Kriegsvertriebenen wünschen Berufung in die Wohnungsdeputation und

4. der Reichsverbund ersucht um Vertretung in den Steuerausschüssen. Als Referent legt Stv. Herzfeld (Deutschdem.) auf Grund der bestehenden Bestimmungen dar, daß man den Wünschen nicht stattgeben könne. Es müsse Sache der Fraktionen bleiben, Mitglieder aus solchen Interessengruppen zu präsentieren. Eine Vertretung besonderer Interessengruppen sei innerhalb der städtischen Körperschaften nicht erlaubt. Nur auf dem Wege, daß die Fraktionen auf bestimmte Berufskreise Rücksicht nehmen, lassen sich solche Wünsche verwirklichen.

Die Versammlung stimmt den Ausführungen zu.

5. Ueber das Gesuch um Berufung von Technikern in öffentliche Körperschaften berichtet gleichfalls Stv. Herzfeld (Deutschdem.): Die Eingabe deckt sich durchaus mit unseren Wünschen. Es ist ganz in unserem Sinne, daß die Techniker mehr als bisher in der städtischen Verwaltung eine Rolle spielen sollen. Aus diesem Verlangen heraus haben wir z. B. bei der Wohnungsdeputation zwei neue Stellen errichtet. Ich schlage vor, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen. Das geschieht.

6. An Stelle des verstorbenen Rentier Riediger wird der frühere Stv. Rentier Daniel in die Feuerdeputation und den Kriegsberatungsausschuß gewählt.

Die Punkte 7 und 8 fallen aus.

Desgleichen Punkt 9.

Exzellenz Schnee

der frühere Gouverneur von Deutsch-Ost-Afrika

wird am Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im großen Thalia-Saal über

„Warum bedarf Deutschland der Kolonien?"

sprechen.

Nähere Bekanntmachungen erfolgen noch.

Deutsche Demokratische Partei.

10. Stv. Manschewski (Deutschdem.) berichtet über

die neue Grundsteuer-Ordnung.

Der Magistrat beantragt die Besteuerung nach dem gemeinen Wert statt nach dem Nutzungswert einzuführen, und zwar sollen die unbebauten Grundstücke mit dem doppelten Betrage, der für die bebauten Grundstücke angesetzt wird, herangezogen werden. Vom Hausbaltsausschuß ist die Steuer angenommen, zumal halle noch die einzige Stadt ist, die sie bisher nicht eingeführt hat. Als unbebaute Grundstücke gelten nach den Magistratsvorlagen

a) Grundstücke, auf denen zu Beginn des Steuerjahres überhaupt keine oder nur solche Baulichkeiten errichtet sind, die nur vorübergehenden Zwecken dienen oder im Verhältnis zum Wert des Grundstücks von untergeordneter Bedeutung sind,

b) Grundstücke, auf denen nur Schuppen, Baracken oder ähnliche Baulichkeiten errichtet sind,

c) Grundstücke mit im Bau befindlichen Gebäuden; die Bebauung gilt als vollendet, sobald die Gebäude ganz oder auch nur zum Teil bewohnt oder in Benutzung genommen sind, spätestens, sobald die polizeiliche Gebrauchsabnahme erfolgt ist.

a) Grundstücke mit Höfen, Gärtnereien, Lagerplätzen und ähnlichen Flächen, wenn weniger als ein Drittel der nach der jeweiligen Bauordnung bebauungsfähigen Fläche bebaut ist und die Höfe, Gärtnereien, Lagerplätze und ähnlichen Flächen nach dem Bebauungsplan selbständige Baulichkeiten darstellen.

Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses sollen Gärten nicht als unbebaute Grundstücke gelten, wenn sie mit dem dazugehörigen Wohnhaus eine Einheit bilden. Diese Einsicht hat der Ausschuß beschlossen, um das Interesse der Stadt an der Erhaltung der Gärten als natürliche Lungen der Stadt zu betonen. Die Feststellung des gemeinen Wertes erfolgt zunächst für die Rechnungsjahre 1921 und 1922, sodann von drei zu drei Jahren durch den Steuerausschuß, erforderlichenfalls nach Anhörung von Sachverständigen. Der Magistrat kann bestimmen, daß für die Jahre, für die hiernach eine Neufestsetzung der Werte nicht erfolgen soll, ausnahmsweise eine solche vorzunehmen ist. Der Grundsteuerausschuß besteht aus vier, vom Magistratsdirigenten bestimmten Mitgliedern des Magistrats dem Direktor des Stadtverordnetenamts und 18 von der Stadtverordnetenversammlung auf drei Jahre zu wählenden Mitgliedern. Die zu wählenden Mitglieder müssen stimmfähige Bürger sein. Der Magistratsdirigent ernennt gleichzeitig den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Es dürfen in dem Ausschuß nicht mehr als 10 Mitglieder Grundbesitzer sein.

Der Referent berichtet zugleich noch über eine Eingabe der

Schrebergärtnervereine,

die fürchten, daß ihnen ihre Schrebergärten verteuert werden könnten. Er meint, die Bedenken sind richtig. Schrebergärten erfüllen einen besonderen idealen Zweck. Sie helfen zur Gesundung der Familie und müssen darum gefördert und erhalten werden.

Stv. Minner (Deutschdem.): Ich beantrage, Schrebergärten von nicht mehr als 300 Quadratmetern, wenn sie gemeinnützigen Vereinen gehören oder von ihnen gepachtet sind, aus der doppelten Steuer herauszulassen. Die Schrebergärten verdienen in weitestem Maße unsere Unterstützung.

Bürgermeister Sendel: Mit solcher Ausnahmebestimmung kann man leicht zu einer Bevorzugung des Spekulationsgeländes kommen. Wir wollen aber gerade mit unserer Steuer das Spekulationsgelände härter treffen, damit wir den Hausbesitz entlasten können. Die Steuer, die einen Schrebergarten treffen kann, ist nicht hoch, das muß man sich klarmachen. Rechnen wir für den Morgen einen Preis von 12 500 Mark, so ergibt sich für den Quadratmeter ein Wert von 5 Mark. Selbst wenn man zwei Prozent vom gemeinen Wert annimmt, so ergeben sich 10 Pf. auf den Quadratmeter im Jahr und bei 100 Quadratmeter, die ein Schrebergarten etwa groß ist, 10 Mark im ganzen Jahr. Das Pachteinzugungsamt würde übrigens eine Abwälzung der Steuer auf die Pächter nicht zulassen.

Stv. Wille (Mehrheitssoz.) tritt gleichfalls für die Wünsche der Schrebergärtner ein.

Stv. Osterburg (Kommunist) erklärt, daß er 25 Jahre für die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte eingetreten sei. Jetzt sei er dagegen, weil auch diese Steuer abwälzbar sei. Als Kommunist bezahle er überhaupt keine Steuern.

Stv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.) spricht dafür, daß man in der Steuerordnung an sich keine besonderen Unterschiede zugunsten der Schrebergärtner machen möge. Aber in der Veranlagung könne man ihren Wünschen gerecht werden.

Stv. Minner (Deutschdem.): Herr Bürgermeister Sendel meint, die Spekulation werde Schrebergärten wie Pilze aus der Erde schießen lassen, wenn man die Schrebergärten besonders günstig stelle. Das glaube ich nicht. Man muß im übrigen immer bedenken, die Schrebergärtner sind kleine, oft ganz kleine Leute. Ihnen darf man nicht die Freude an der eigenen Scholle nehmen. Jede einzelne Schrebergärtnerfamilie schafft volkswirtschaftliche Werte und dient damit indirekt der Allgemeinheit. Der Steuerausfall wiegt nicht.

Stv. Balle (Deutschdem.): Soweit ein Wertzuwachs in Frage kommt, soll man besteuern. Aber es gibt doch Land innerhalb des Stadtgebietes, das vielleicht niemals Bauland wird, z. B. in der Trotbaer Gegend. Da die doppelte Steuer zu erheben, ist ungerecht. Bei den Schrebergärten würde man in erster Linie die kleinen Leute treffen, die sich so ehrlich um ihr Stückchen Land mühen.

Stv. Herzfeld (Deutschdem.): Herr Osterburg hat 25 Jahre gebraucht, um zu erkennen, daß die Steuer nach dem gemeinen Wert auch abwälzbar ist, weshalb er sie jetzt verwirft. Jede Steuer, Herr Osterburg, ist abwälzbar, es sei denn, der betreffende Besitzer benutzt sein Haus und seinen Garten selbst. Den Schrebergärtnern müssen wir helfen. Aber es ist schwer, jetzt gleich eine Bestimmung zu formulieren, die den geeigneten Schutz gibt. Ich beantrage, die Schrebergartensache auszuschalten und vom Magistrat darüber eine besondere Vorlage zu verlangen.

Stv. Borges (Deutschdem.): Herr Osterburg hat nicht allein in den 25 Jahren seiner Vergangenheit für die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert geeifert. Das haben alle Bodenreformer getan. Ich freue mich, daß wir jetzt diesen Schritt vorwärts machen zugunsten des soliden Hausbesitzes. Manches Stück Land, das jetzt als Kartoffelacker bewertet ist, wird nunmehr als Bauland, dem Grundstücksspekulanten zum Verdruß, in seinem Werte eingeschätzt und versteuert werden.

Stv. Steinbrück (Deutschnat.) wendet sich dagegen, daß das nichtbaureife unbebaute Land mit dem doppelten Steuersatz belegt werden soll. Damit würde man viel Land treffen, das nur Ackerland ist und bloß die Pachtweise und damit die Produkte verteuern.

Stv. Wünsche (Unabh.) erklärt es für eine Ungerechtigkeit, wenn Gärtnereien, die doch Gewerbebetriebe seien, mit der doppelten Steuer erfaßt werden.

Stv. Bowitzki (Komm.) meint, der Staat muß alles Land in eigene Regie nehmen. (Bravo! auf der Galerie. Der Vorsteher verbittet sich derartige Beifallsäußerungen der Galerie.)

Stv. Osterburg (Komm.): Die kapitalistische Gesellschaftsordnung wird ja doch bald zu Grabe getragen. Wir stimmen keiner Maßnahme zu, die ihr irgendwie das Leben verlängern kann. Wir lehnen darum auch diese Steuer ab.

Der Antrag, die Gärtnereien nicht mit der doppelten, sondern mit der einfachen Steuer heranzuziehen, wird angenommen, der Antrag, nur unbebautes Land, das in der Bebauungszone liegt, mit dem doppelten Steuerbetrag zu erfassen, wird abgelehnt, der Antrag Herzfeld hinsichtlich der Schrebergärtner wird angenommen. Sodann findet die gesamte Vorlage des Magistrats mit der Abänderung des Haushaltsausschusses Annahme.

11. Ueber die Hausangestelltensteuer berichtet Stv. Finger (Deutsche Vp.): Der Haushaltsausschuß hat die Steuer abgelehnt, der Referent empfiehlt, diesem Beschluß beizutreten.

Bürgermeister Sendel: Ich habe war das Gefühl, daß eine kompakte Masse im Kollegium gegen die Steuer ist, aber es handelt sich für uns um 300 000 Mark Ertrag und wir brauchen das Geld nötig. Ich bitte, doch die Steuer anzunehmen. Sie ist recht gelinde. Bei einem Hausangestellten sollen nur 8,33 Mark im Monat, im Jahre 100 Mark, erhoben werden. Das ist doch keine harte Steuer.

Stv. Bock (Unabh.) verliest eine längere Erklärung, in der die Ablehnung der Steuer seitens seiner Partei begründet wird.

Stv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.): Wir befürchten nicht, daß durch die Steuer Hausangestellte ihre Stellung verlieren. Ein Hausangestellter leiner jetzt 4000 bis 5000 Mark mindestens im Jahr; da jetzt man nicht wegen der hundert Mark Steuer den Hausangestellten auf die Straße.

Stv. Bowitzki (Komm.): Diese Steuer ist eine von den Kapitalen, die der kapitalistische Staat machen muß, um sich aufrecht zu erhalten. Sehr ansechtbar ist die Bestimmung, daß, wenn jemand wegen Krankheitsheit für sich einen Dienstboten hält, die Steuer nicht erhoben wird. Wer hundert Mark zahlen kann, findet sofort einen Arzt, der ihm seine Krankheit bescheinigt, damit er die Steuer los wird. Wer hundert Mark an den Arzt zahlen kann, kriegt ja auch ein Attest für Milch und Weißbrot. Für Geld ist alles feil, auch die ärztliche Kunst. Wenn man dem Arzt nur genug zahlt, dann schreibt er einem schon ein Zeugnis, daß man einen Hausklaven haben muß, der einem den Dreck wegräumt.

Vorsteher Keil: Die Ausführungen des Herrn Bowitzki sind ganz unangemessen. Es ist völlig unangebracht, einen Stand, der soviel Ungerechtigkeit zeigt, in dieser Weise zu beleidigen. Ich rufe den Herrn Bowitzki zur Ordnung.

Stv. Bowitzki (Komm.): Ich fühle mich tief gekränkt; ich werde mir den Ordnungsruf tief zu Gemüte führen.

Vorsteher Keil: Das mögen Sie mit ihrem Gemüt abmachen.

Die Steuer wird gegen ganz wenige Stimmen abgelehnt.

Derselbe Referent, Stv. Finger (Deutsche Vp.), berichtet sodann über

die Fremdensteuer.

Die Fremdensteuer besteht schon an vielen Orten, z. B. in Bayern. Sie zieht sich leicht ein und bringt erhebliches Geld. Der Magistrat schlägt vor, wenn die für jede einzelne Uebernachtung zu zahlende Vergütung nicht weniger als 3 Mark beträgt, 10 Proz. Steuer zu erheben. Der Haushaltsausschuß will die Steuer erst bei einer Vergütung von 5 Mark, worin allerdings die Kosten für Beheizung, Beleuchtung, Bedienung einbegriffen sein müssen, beginnen lassen und 15 Proz. Steuer erheben. Diesen Antrag habe ich zur Annahme zu empfehlen. Der Ortsverein der Wirte wendet sich gegen die Fremdensteuer und rügt besonders, daß man keinen Fachausschuß nicht zu Rate gezogen habe. Den Einspruch schlage ich vor, abzulehnen.

Stv. Sündermann (Deutschdem.): Es wäre richtiger gewesen, den Fachausschuß der Gastwirte zu hören. Bei der Handelskammer ist ein solcher Fachausschuß eingerichtet. Ich beantrage, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen; wenn aber dieser Antrag keine Mehrheit finden sollte, dann bin ich für Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Mit 10 Prozent würden sich die Wirte event. abfinden; 15 Prozent heißt aber den Bogen überspannen. Es sind doch nicht etwa Vergnügungsreisende, sondern in der Hauptsache Geschäftsreisende, die nach Halle kommen. Da könnte der Zustrom bei solcher Steuer leicht nachlassen. Die Geschäftsleute müssen doch die Steuer auch schließlich wieder auf die Waren schlagen und letzten Endes muß der Käufer bezahlen. Ich wünsche auch, daß diese Fremdensteuer bei Umsatzsteuer abgelehnt werden kann.

Bürgermeister Sendel: Wenn es sich um eine neue Steuerart behandelt hätte, wäre das Verlangen, den Fachausschuß zu den Vorberatungen hinzuzuziehen, berechtigt. Aber die Steuer besteht ja längst an vielen Orten. Sie vermindert auch keinesweges den Fremdenverkehr. Auf die Umsatzsteuer haben wir keinen Einfluß.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Haushaltsausschusses (15 Prozent, beginnend bei 5 Mark Vergütung) abgelehnt; die Magistratsvorlage (10 Prozent bei 3 Mark Vergütung) wird angenommen.

12. Stv. Borges (Deutschdem.) berichtet über die Aenderung der Lustbarkeitssteuerordnung. (Wir brauchen auf die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210118016/fragment/page=0002

Einzelheiten nicht wieder einzugehen, da wir sie unlängst mitgeteilt haben. Redaktion.) Die Vorlage, die für Kinos von über 400 Plätzen eine durchschnittliche Erhöhung von 20 Pf. bedingt, und bei Wahl der Pauschalsumme (keine Eintrittskarten!) für die's Kinos für jeden Platz und Tag 3 Mark verlangt, ferner eine Steuer für Pferderennen einführt, wird ohne Erörterung angenommen.

14. Stv. **Plönnigs** (Deutschdem.) berichtet über die **Aenderung der Besoldungsordnung**, wie sie sich für die Beamten und ständig Angestellten sowie für Lehrer und Lehrerinnen und Mitglieder des Magistrats durch die Heraufsetzung der Stadt Halle von Klasse C nach Klasse B gestaltet. Es erwächst dadurch der Stadt eine Mehrausgabe von 1 163 460 Mk. Der Stadt steht keinerlei Einwirkung in der Sache zu. Sie hat einfach die höheren Sätze auf Grund des Vorbilds des Staates einzuführen. Ein Beschluß ich nicht zu fassen. **Deckung für jene Summe ist nicht vorhanden**, aber der Magistrat hofft, von der Staatsregierung den Betrag erstattet zu bekommen.

Stv. **Schweikert** (Unabh.): Das Verhalten des Magistrats ist inkonsequent. Sobald es sich um Forderungen der Beamten handelt, spielt die Deckungsfrage keine Rolle; kommen die Hilfsangestellten und die Arbeiter, dann verweist man auf die Deckung, die fehle, und es muß erst gestreikt werden. Ich verweise darauf, daß die Arbeiter und Hilfsangestellten neue Forderungen gestellt haben und verlange, daß man sie ebenso behandelt wie die Beamten.

Stadtrat **Velthuysen**: Herr Schweikert hat die Vorlage mißverstanden. Der Magistrat verweist doch ausdrücklich auf die **bedauerliche Tatsache**, daß das Reich die Stadt einfach zwingt, Ausgaben zu machen **ohne Deckung**. Das steht doch wörtlich in der Vorlage. Auch ohne die Bewilligung des Magistrats müssen jene Beträge gezahlt werden.

Stv. **Plönnigs** (Deutschdem.): Ich glaube, ich habe **deutlich genug** gesagt, daß die Aufbesserung ohne Zutun der städtischen Körperschaften zu erfolgen hat. Die Sache vollzieht sich ganz automatisch. Hoffentlich werden unsere Ersatzansprüche anerkannt.

Stv. **Bowitzki** (Komm.) wünscht, daß man den Hilfsangestellten, denen schon am 20. Dezember das Gehalt gezahlt wurde, auch im Januar das Gehalt früher gäbe, damit die Hilfsangestellten nicht sechs Wochen auf die nächste Zahlung zu warten brauchen.

Stadtrat **Velthuysen**: Es wird schon Vorsorge getroffen, daß auch in diesem Monat früher gezahlt wird. Der Magistrat wird morgen endgültig beschließen. Ich verweise übrigens darauf, **daß der Magistrat den Arbeitern des Elektrizitätswerks jetzt 85 Pfg. die Stunde zugelegt hat. Für die Beamten — das betone ich — beträgt die Erhöhung nur 12 bis 36 Pfg. die Stunde.**

14a. Dem Landverkauf an der Hafenstraße, wo an die Firma Deparade eine Grabenparzelle abgegeben werden soll, zu 18 Mk. je Quadratmeter, stimmt die Versammlung zu. (Ref. Stv. Reimand (Unabh.)

15. Stv. **Müller** (Mehrheitssoz.) vertritt einen Antrag des Magistrats, für die Zwecke der Erwerbslosenfürsorge für die Zeit vom 11. Januar 1920 bis 31. März 1921 190 616 Mk. zur Verfügung zu stellen, wovon 20 646 Mk. aus Kapitel XXIV/14 zu decken wäre.

Stv. **Bowitzki** will über die im Eingang zur Sitzung vom Vorsteher mitgeteilte

Forderung der Arbeitslosen

sprechen.

Vorsteher **Keil** verweist den Redner zur Sache. Die Angelegenheit habe mit der Vorlage nichts zu tun. (Widerspruch und Lärm auf der Galerie.)

Stv. **Bowitzki**: **Ich verlange Notstandsarbeiten. In Halle haben wir 3030 Arbeitslose. (??) Wollen Sie diese Arbeitslosen zur Verzweiflung treiben, daß sie sich „von den Spitzeln des Regierungsjunkertums" zu Ausschreitungen verleiten lassen und dann niedergeschossen werden? Es ist schlimm, daß der Herr Vorsteher die Leute einfach abgewiesen hat. Es muß ein Arbeitslosenrat eingesetzt werden, der an allen Kommissionssitzungen, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, teilnimmt.** (Bravo! auf der Galerie.)

Der Vorsteher verbittet sich das Eingreifen der Galerie, nachdem er schon vorher einzelnen Herrschaften auf der Galeris das Rauchen verboten hat.

Stadtrat **Velthuysen**: Wenn man den Lohn eines ungelernten Arbeiters mit 35 Mk. täglich annimmt, so hat ein Erwerbsloser nur ein Drittel davon Unterstützung. Da ist natürlich die Not groß, zumal wenn Weib und Kind zu versorgen ist. **Die Zahl der Erwerbslosen hat zum Glück schon ihren Höhepunkt überschritten.** 569 Erwerbslose waren es vor Weihnachten, jetzt sind es noch 371, darunter 46 Teilunterstützte, d. h. solche, die noch in ihrer Arbeitsstelle sind und Zuschüsse bekommen. (Die **Galerie macht fortgesetzt Zwischenrufe** und ruft ein über das andere Mal: Hunger, Hunger, Hunger!. Der Redner muß seine Ausführungen wiederholt unterbrechen. Zuruf von der Galerie: Und wo sind die Arbeitslosen gezählt, die keine Unterstützung kriegen?) Die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen ist noch etwas größer, als die hier angegebenen Ziffern. Die Stadt ist in der Angelegenheit nur Beauftragte der Reichsregierung. Wir werden von der Regierung kontrolliert, ob wir die festgelegten Sätze innehalten. Das Arbeitsamt tut alles, um zu helfen. **Wir haben eine Erhöhung der Sätze bei der Regierung beantragt.** Wir haben ferner beantragt, **Lebensmittel** an die Erwerbslosen ausgeben zu dürfen. Das letztere haben wir zum Teil jetzt beim Regierungspräsidenten durchgesetzt. Wir wollen Beschäftigung schaffen, aber

das große Spelpatzprojekt,

das wir als Notstandsarbeit der Regierung eingereicht haben, ist uns jetzt von ihr zur Abänderung zurückgegeben. 250 Mann wollen wir dabei beschäftigen. Ich werde sofort mit der Regierung und mit dem Reichsarbeitsminister sprechen. Mehr läßt sich nicht tun. Ich nenne noch einige Zahlen. Für 2000 von der Armenverwaltung zu Versorgende haben wir im Dezember 147 000 Mk. aufgewendet. Für 400 Erwerbslose 97 000 Mk., für 1000 Kinder beim Jugendamt 75 000 Mk. Ich glaube auf Grund dieser Zahlen sagen zu dürfen, daß von den Bedürftigen die Erwerbslosen noch nicht am Schlechtesten gestellt sind, wenn man die Zahlen in ein Verhältnis zueinander setzt.

Stv. **Günther** (Komm.): Der Magistrat wirft die Hilfsangestellten hinaus, damit die Beamten zur Wahrarbeit Ueberstunden machen können. . . .

Stadtrat **Velthuysen**: **Das ist nicht der Fall. Wir haben durchweg mit den Ueberstunden aufgeräumt. Wo irgendwie Erwerbslose die Arbeit machen können, dürfen die Beamten keine Ueberstunden leisten.**

Stv. **Herzfeld** (Deutschdem.): Wir alle treten dafür ein, daß den Arbeitslosen geholfen wird, daß ihnen Beschäftigung gegeben wird, aber gerade Herr Bowitzki und seine Freunde, die „der versumpften Gesellschaft" alle Steuern ablehnen, erschwert uns das. Wenn man der versumpften Gesellschaft keine Mittel gibt, kann die versumpfte Gesellschaft den Erwerbslosen auch nicht helfen. **Herr Bowitzki und seine Freunde haben Worte für die Arbeitslosen, aber keine Taten. Wir aber sind für Taten.**

Inzwischen hat sich auf der Galerie ein **solcher Tumult** entwickelt, daß der Vorsteher immer und immer wieder mit der **Räumung der Galerie droht. Eine Flut von Schimpfworten:** „Fettköppe", „vollgefressene Gesellschaft", „Lumpen", „eine Bombe muß man auf die Bande schmeißen" usw. ergießt sich in den Saal. Der Vorsteher **schließt die Sitzung**. Nur zögernd unter fortwährenden Schimpfreden und Drohungen verlassen die Tumultanten, zumeist junge Burschen, den Saal. Dann tagen die Stadtverordneten weiter in geheimer Sitzung.

Sport der „Saale-Zeitung".

Stockball im Reiche.

Borna: Fußballvg. am Realgymnasium—Chemnitzer H. C. 1910 4:3; Damenmannschaften 5:0. **Chemnitz**: Hockeysportklub I—C. B. C. I 3:1. **Freiberg**: Dresdner S. C.—Freiberger Hockeyklub 2:1. **Bernburg**: Cöthen 02 I—Bernburg 07 I 3:2. **Magdeburg**: S. V. Viktoria 96—Germania 5:0; Magdeburger Hockeyklub—S. C. 1900 6:2; Kricker Viktoria—Jungangestelltenbund 2:2. **Berlin**: Sportverein 92—Berliner Hockeyklub 2:0; V. f. L.—Preußen 2:2; Teutonia—Tennis- und Hockeyklub 0:2. **Stettin**: Berliner Turn- und Sportvereinigung von 1850—Stettiner S. C. 1:1. **Braunschweig**: M. T. V.—Osterode 10:0. **Heidelberg**: Hockeyklub—Frankf. T. V. 60 7:3. **Wiesbaden**: Union Niederrad—S. V. Wiesbaden 3:1. **Frankfurt**: S. C. Frankfurt 1880—Würzburger Kickers 6:3.

Radrennen in Breslau.

Bei gutem Besuch fanden am Sonntag auf der Sechstagerennbahn in Breslau Rennen hinter Motoren statt, und zwar in drei Läufen von zusammen 60 Kilometer. 10-Kilometerlauf: 1. Thomas 12:55, 2. Techmer 10 Meter zurück. 2. Lauf: (20 Kilometer): 1. Techmer 25:41, 2. Krupkat 100 Meter zurück. 3. Lauf (30 Kilometer): 1. Thomas 38:41, 2. Krupkat 150 Meter zurück. Gesamtergebnis: 1. Thomas 59,730, 2. Krupkat 59,710. Umrahmt wurden die Dauerrennen von einigen Flugerrennen. Das Hauptfahren über 1020 Meter gewann Häusler in 1:35 vor Abraham, Schubert und Meier. Das Ausscheidungsfahren über 16 Runden gewann der Berliner Rudel in 4:2,3 vor Münzner, Häusler und Hoffmann. Das Prämienfahren über 20 Runden für Breslauer Fahrer gewann Feja in 5:21.

Provinzial-Nachrichten.

◆ **Liebenwerda**, 16. Jan. (Umsichgreifen des Schulstreiks.) Um die Rückkehr eines strafversetzten sozialistischen Lehrers in Blumberg im Kreise Liebenwerda zu erzwingen, ist von radikalen Elementen ein Schulstreik inszeniert worden, der nach und nach zahlreiche Gemeinden in den Kreisen Liebenwerda und Torgau erfaßt und auch die Städte Mühlberg und Mücknberg in die Bewegung hineingezogen hat. Streikposten wehren vor den Schulen den Kindern solcher Eltern, die den Streik nicht mitmachen, den Eintritt.

◆ **Thale**, 17. Jan. (Raubüberfall.) Freitag abend gegen 10 Uhr begaben sich drei Rechnungsbeamte des Eisenhüttenwerkes Thale vom Verwaltungsgebäude nach dem Werk, um die Löhnung der um 10 Uhr abends wechselnden Schicht dorthin zu bringen. Auf dem mit Mauern umgebenen Fabrikhofe wurden die Beamten plötzlich von fünf maskierten Räubern überfallen. Mit vorgehaltenem Revolver drangen die Banditen auf die Beamten ein, fesselten und knebelten sie und raubten ihnen ungefähr 80 000 Mk. Lohngelder. Die Verbrecher entkamen über die Mauer des Hüttenwerkes. Sie trugen sämtlich feldgraue Anzüge und sprachen in sächsischer Mundart. Auf die Ergreifung der Räuber hat das Hüttenwerk eine Belohnung von 5000 Mk. gesetzt.

)(**Altenburg**, 16. Jan. (Ueberfall auf zwei Kassenboten?) Am Donnerstag nachmittag gingen zwei Kassenboten der Kositzer Braunkohlenwerke, die eine Tasche mit Bargeld bei sich hatten, die Landstraße von Breitingen nach Ramsdorf entlang. Auf freier Straße wurde einer der Kassenboten von einem unbekannten, etwa 24 Jahre alten Mann unter Vorhaltung eines Revolvers zur Hergabe der Tasche aufgefordert. Als er die Tasche nicht freiwillig hergab, griff der Räuber den Kassenboten an und warf ihn zu Boden. Der andere Kassenbote, der in unmittelbarer Nähe des Ueberfallenen war, will so erschrocken gewesen sein, daß er sich nicht habe von der Stelle rühren können. Der Räuber ist mit der Tasche, die 20 000 Mark enthielt, entkommen.

Nordstedt, 16. Jan. (Die Typhusepidemie in Schwarza) hat noch keine Verringerung erfahren. Zur Zeit sind etwa 80—100 Personen, meist Frauen und Kinder, erkrankt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Weitere deutsche Antworten auf den Entente-Fragebogen.

DA. **Berlin**, 17. Januar. In Fortsetzung der bisherigen Veröffentlichungen gibt die Reichsregierung weitere Antworten auf den Entente-Fragebogen bekannt. Die heute vorliegenden Beantwortungen nehmen Bezug auf die Fragen 12a, b, c, 18, 20, 21 und 32. Frage 12a: In wieweit hat das jetzt in Geltung stehende Steuersystem in Deutschland seine volle Ertragsfähigkeit erreicht? wird zunächst mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß die Frage nach dem Höchstertrag der Steuern sehr wesentlich von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und von der Gestaltung des Geldwertes abhängt und daß bei der Unsicherheit der Entwicklung dieser beiden Faktoren heute positiv nicht beantwortet werden kann. Wenn die Frage jedoch so aufzufassen sei, bis zu welchem Zeitpunkt welche die Veranlagung normal funktionieren, so dürfte das der Fall sein, sobald die großen einmaligen Steuern veranlagt sind. Die Kriegsabgabe für das Jahr 1919 ist überall veranlagt; die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist bis auf einige Bezirke gleichfalls veranlagt; die Veranlagung des Reichsnotopfers ist im Gange. Im übrigen kann man jetzt schon sagen, daß seit Oktober die Veranlagung der verschiedenen Steuern befriedigend vor sich geht. Einige Steuern, wie die allgemeine Umsatzsteuer sowie die Körperschaftssteuer, werden erst nach Schluß des Kalenderjahres 1920 zur Veranlagung kommen, was in diesen Gesetzen selbst begründet liegt. Gegenüber der Frage 12b, ob das Steuersystem jetzt schon voll ausgebaut wird, hebt die deutsche Antwort hervor, daß bis Oktober der Eingang der neuen Steuern sehr viel zu wünschen übrig ließ, daß jedoch das Oktoberergebnis bei den Hauptsteuern, der Einkommensteuer und dem Reichsnotopfer, den erwarteten durchschnittlichen Monatsergebnis entspricht. Frage 12c verlangte Auskunft, ob in den kommenden Jahren ohne neue Steuern durch bessere Ausführung der Steuergesetze und bessere Deklarationen größere Erträge zu erwarten seien. Die deutsche Antwort hebt hervor, daß infolge steuertechnischer Verbesserungen eine mäßige Vermehrung nicht ausgeschlossen erscheine und Maßnahmen getroffen worden seien, um die Erhebungstechnik auf einen möglichst vollkommenen Stand zu bringen. Auch ein Mehrertrag der Zölle könnte bei gleicher Einfuhr vielleicht erzielt werden, wenn die alliierten Mächte der Reiche die Möglichkeit gäben, durch eine genügende Zahl von Beamten und entsprechende Bemessung derselben die Grenzkontrolle noch wesentlich zu verschärfen. Eine Steigerung der Erträge infolge Erhöhung des Einkommens dürfte in späteren Jahren dagegen kaum zu erwarten sein. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß gerade durch die gegenwärtige starke Geldentwertung die Steuereinnahmen nicht unerheblich sind und daß bei dem künftigen Steigen des Realeinkommens durch erhöhte Produktion und der damit verbundenen Preissenkung eher mit einem Rückgang fast aller Steuererträge zu rechnen sein dürfte. Eine Steigerung der Einnahmen durch Eingang von Steuerrückständen aus dem Finanzjahr 1920/21 wird in nennenswertem Umfang nicht erwartet.

(Schluß in der Abend-Ausgabe.)

England wieder vor einem Eisenbahnerstreik?

DA. **London**, 17. Januar. (Eig. Drahtn.) Wie der „Daily Herald" meldet, hat der Vollzugsausschuß der englischen Eisenbahnervereinigung infolge der Drohung der Eisenbahngesellschaften, falls die Reduzierung der Löhne bei den Eisenbahnern auf Widerstand stößt, das Personal zu entlassen, seinerseits den Generalstreik angekündigt. Am 18. Januar wird eine Urabstimmung über den Streik erfolgen. Die Regierung ist bereits zur Erledigung der Streitfalles angerufen worden.

Die amerikanischen Milchkühe kommen.

DA. **London**, 17. Januar. (Eig. Drahtn.) „Daily Telegraph" meldet aus Washington, daß das Ackerbaudirektorium die Lieferung von 3000 Milchkühen nach Deutschland genehmigt hat. Dem ersten Transport vom 8. und 15. Januar sollen am 10. Februar und 2. März weitere Transporte folgen.

Eine neue ungarische Königspartei.

DA. **Budapest**, 17. Januar. (Eig. Drahtn.) Unter Führung des Grafen Julius Andrassy hat sich eine neue Partei gebildet, der bereits namhafte Politiker aller Parteirichtungen angehören. Die neue Partei steht auf dem Boden des legitimistischen Königtums.

Polizeiverstärkung auf der Insel Wieringen.

DA. **Haag**, 17. Januar. Die holländische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, die Polizeiabteilung auf der Insel Wieringen, die bekanntlich der Wohnsitz des ehemaligen deutschen Kronprinzen ist, zu verstärken. Künftighin werden dem Exkronprinzen bei jedem Ausgang zwei Polizeiagenten auf dem Rade folgen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten war am Beginn der Berichtswoche noch recht belebt, da es galt, den Rest der für die Monate Januar und Februar freigegebenen Rohzuckermengen unterzubringen; später trat merkliche Ablauung des Verkehrs ein. Durch die neue Freigabe für die beiden ersten Monate des Jahres haben die zur Verteilung gebrachten Rohzuckermengen den Umfang von rund 65 Prozent der maximalsten Erzeugung erreicht. Der Rest von 35 Proz. wird in den Monaten März und April verteilt, sicherlich aber schon früher angewiesen werden, wenn die Feststellung der diesmaligen Ernteergebnisse mit annähernder Sicherheit getroffen werden kann. Es dürfte kaum das kurze Jahr nach völliger Beendigung der Rübenverarbeitung; da nur noch wenige Zuckerfabriken in Tätigkeit sind, in aller Kürze. Es wird sich dann wohl herausstellen, daß das Ergebnis der letzten Fabrikumfrage, das so entäuschend gewirkt hat, wohl doch ein ungünstigeres Bild von der Zuckererzeugung des laufenden Betriebsjahres gegeben hat, als die Wirklichkeit bieten wird. Der prompten Ablieferung ist die verhältnismäßig sehr späte Freigabe der Zuwarrate hinderlich gewesen. Die Füllsäcke konnten von den Raffinerien erst Anfang Januar zur Absendung an die Rohzuckerfabriken gelangen. Allerdings befinden sich die Raffinerien vorläufig noch im Besitze ausreichender Rohwarenmengen, die unumterbrochene Verarbeitung des Rohzuckers ermöglichten; denn die Raffinerien haben ihre Tätigkeit durchschnittlich sehr spät aufgenommen und erst für einen genügenden Vorrat an Rohmaterial gesorgt. Immerhin ist die beschleunigte Beförderung des Rohzuckers nötig, die angesichts der Vollschichtigkeit der Flüsse und Kanäle und der einigermaßen ausreichenden Gestellung von Eisenbahnwagen auch möglich ist, falls nicht wider Erwarten doch noch eine Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs durch völligen oder teilweisen Ausstand der Eisenbahner eintritt.

Am Raffinademarkte herrschte ziemlich lebhafter Verkehr. Wenn die neuen Abschlüsse auch keinen großen Umfang mehr annehmen können, so waren doch die Abforderungen recht reichlich. Sie bezogen sich zur Hauptsache auf den nächstliegenden Bedarf, dehnten sich aber auch auf spätere Lieferungen aus. Die Abladungen durch die Raffinerien gingen recht flott vonstatten, durch die offenen Wasserwege besonders unterstützt. Die um 4 Mark für das Pfund herabgesetzten Kleinhandelspreise für Süßigkeiten aller Art haben vorläufig zu einer merklichen Steigerung des Verbrauchs noch nicht geführt.

In Zuckermelasse bestand weiter rege Nachfrage zum Zwecke der Hefe- und Spiritusbereitung, während die Nachfrage zum Zwecke der Viehfütterung noch immer ziemlich mäßig blieb.

Die Rübenabschlüsse zwischen Zuckerfabriken und Landwirten nehmen weiter nur langsamen Fortgang, bedingt durch die Zurückhaltung der Rübenbauer. Man wartet auf beiden Seiten auf den Zusammentritt von Reichsrat und Reichstag, von denen nunmehr wohl eine endgültige Entscheidung darüber fallen wird, ob die Zwangswirtschaft für den aus dem diesjährigen Rübenanbau zu erwartenden Zucker aufrechterhalten bleibt oder nicht.

Die „Kurschwankungen an der Berliner Börse", die alljährlich vom Archiv der Diskonto-Gesellschaft veröffentlicht werden, sind soeben erschienen. Sowohl bei den Dividendenwerten als auch bei den festverzinslichen und Dividendenwerten ist in diesem Jahre der höchste und niedrigste Kursstand unter Beifügung des Datums ersichtlich. Bei den festverzinslichen Wertpapieren ist die Verzinsung abzüglich der Kapitalertragsteuer errechnet. Die Einbeziehung von im nichtamtlichen Verkehr festgestellten Kursen sowie die Gliederung der Dividendenwerte nach Industriezweigen dürften den Wert der Zusammenstellung erhöhen.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 17. Januar 1920.

Chemnitzer Bankverein	205,00	Meuselder Kuxe	4710,00
Leipziger Hypoth. Bank	155,50	Oelsnitzer Kuxe	910,00
Mitteld. Privatbank	215,00	Pittler, Leipzig	452,00
Crößwitzer Papierfabk.	--	Prehlitzer Stamm-Akt.	--
Glauziger Zuckerfabk.	1110,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	147,00	Riebeckbier	212,00
Hallesche Zuckerraff.	451,00	„ Vorzugs-Akt.	117,00
„ Zementfabk.	215,00	Rositzer Zuckerraff.	390,00
Hugo Schneider, Paunsd.	366,00	Rudelsburger Zementfabk.	--
Körb sd. Zuckerfabk.	--	Sachsenwerk	362,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	600,00	Sondermann u. Stier	223,00
Leipziger Malzfabrik	--	Stöhr u. Co.	461,00
		Zimmermann, Halle	249,00
		Zimmermann, Chemnitz	295,50

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den vollswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210118016/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 17. Januar.

(Bis 2 Uhr festgestellbare Kurse und vollständige Vorlagskurse.)

Die Rubrik vor dem Kurs der Anleihen enthält den Zinsfuß, bei den Aktien die erste Rubrik die vorletzte, die zweite die letzte Dividende. — Die Buchstaben hinter dem Kurs bedeuten: B (Brief) = Angebot ohne zustande gekommene Käufe, G (Geld) = unbefriedigte Nachfrage, bG (bezahlt Geld) = nur teilweise befriedigte Nachfrage, bB (bezahlt Brief) = nur teilweise erledigte Verkaufsaufträge, b (bezahlt) = Ausführung aller Aufträge

Bankdiskont:

Reichsb. Disk. 5%, Lombardzins 6%, Holland 5½%, Belgien 5½%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Newyork 7%, Paris 6%, Schweiz 5%, Spanien 5%, Wien alt 5%, D.-Oest. abg. 5%, Prag 6%, Budap. —

Devisenkurse.

	heutiger Kurs Geld	heutiger Kurs Brief	voriger Kurs Geld	voriger Kurs Brief
Holland fl.	2047.95	2052.00	2202.75	2207.25
Belgien Fr.			430.55	431.45
Norweg. Kr.	1073.90	1076.10	1148.85	1151.15
Dänem. Kr.	1098.90	1101.10	1178.80	1181.20
Schwed. Kr.	1313.65	1316.35	1429.55	1431.45
Finnl. f.M.	192.80	193.20	211.50	212.00
Italien Lir.			232.25	232.75
Engl. d. £	231.75	232.25	250.70	251.30
Amerika			66.68	66.82
Frankr. Fr.			409.55	410.45
Schweiz			1043.95	1046.05
Span. Pes.			886.60	888.40
Wien alt K.				
D.Oe. abg.	11.48	11.52	11.73	11.77
Prag	80.52	80.72	81.02	81.22
Budapest	10.73	10.77	11.35	11.39

Deutsche Anleihen

		heut. Kurs	voriger Kurs
Reichsan. 14	5		—.—
do. 15 fäll. 1922	5	99.40	99.40b
do. 16 fäll. 32	4½	80.30	80.40b
do. Agio ausl.	4½	72.00	72.00b
do. fäll. 24	4½	90.40	90.50b

			heut.	voriger
Hamburg. Hyp.			100.25	100.25G
Mein. Hypoth. 12	4		97.50	97.50bG
do. 18	4		101.50	101.50G
do. Präm	4			200.00G
Preußische Bod. 29	4		92.70	92.00bG
do. 30	4		98.00	98.00G
Preuß. Cent. B. 90	4		93.50	94.00bG
do. 12	4		97.00	96.50bG
Preuß. Hyp. A.B. 11	4		92.75	92.75G
do. 12	4		98.50	96.50bG
Pr. Pfandbrf. B.	4		92.00	92.00bG
do. 37	4		98.00	98.00bG
Schles. B. C.	4		88.50	89.00b
Schönbrg. H.	4½			66.50G

			heut.	voriger
Meckl. Str. Hyp.	5	—		—.—
Meining. Hyp.	7½	—	150.50	149.50G
Mitteld. Boden	0	—		89.50b
do. Credit	8	—		188.00G
do. Privatb.	9	—		214.90b
Nation. Bk. f. D	7	—	203.00	206.25bG
Nordd. Grund	6	—	122.50	123.00bG
Old. Sp. u. L.	10	—	210.00	211.5 G
Osnabrck. bank	8	—	187.00	190.00b
Ostbk. f. Hand.	7	—	138.00	137.00bG
Oesterr. Cr.		—	64.50	63.12b
do. Länderbk.	6	—	58.00	53.90b
Pfälz. Bank	7	—	157.00	160.00bG
do. Hyp.-Bank	9	—		—.—
Preuß. Bodenkr.	7½	—	147.0	141.00bG
do. Centr. Bod.	8½	—	171.50	172.75b
do. Hyp. A. Bk.	7	—	130.50	130.50bG
do. Pfandbr. Bk.	7½	—	142.37	142.37bG
Reichsbank A.		—		152.50b

Fortlaufende Notierungen.